

Liebe Genossinnen und Genossen,



der Ostholsteinbrief für den Monat September 2011 kommt etwas verspätet. Das hat damit zu tun, dass wir gern noch die Wahlkreis Konferenzen der Wahlkreise 16 – 19 abwarten wollten.

Außerdem wollen wir auf die Oktoberausgabe verzichten, da wegen der Herbstferien eh nicht viele Termine anstehen. Die heutige Ausgabe möchte ich einer Veran-

staltung der AfA-Ostholstein widmen. Die AfA-OH traf sich am 15. September zu einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Leiter des Jobcenters Ostholstein, Herrn Marzian. Gemeinsam sind wir der Frage nachgegangen, ob geringe Arbeitslosenzahlen immer ein Indiz dafür sind, dass es den Menschen auch gut geht. Leider müssen wir das verneinen. Das durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitsentgelt liegt in Ostholstein mit 2.235 Euro rund 23% unter den Durchschnittszahlen Westdeutschlands. In Ostholstein gibt es überproportional mehr Menschen in Vollzeitbeschäftigung, die ein Bruttoeinkommen unter 1.000 Euro haben. Dass damit

automatisch auch die Zahl der Aufstocker, also der Menschen, die zu ihrem Arbeitslohn eine Unterstützung nach der Hartz-IV-Gesetzgebung erhalten, steigt ist kaum verwunderlich. Daran können wir erkennen, dass wir unseren Kampf gegen die soziale Ungerechtigkeit verstärken müssen und nicht locker lassen dürfen. Und das auf allen Ebenen. ■

Freundschaft
Euer

Kreisvorsitzender

Wahlkreis Konferenz für den Wahlkreis ...

... 16 Plön Nord

Am 7. Oktober fand in Schönberg die erste Wahlkreis Konferenz des neu geschnittenen Wahlkreises 16 Plön Nord/Malente statt. Anette Langner, 50 Jahre, wohnhaft in Heikendorf, wurde als Kandidatin mit nur zwei Enthaltungen einstimmig zur Kandidatin der SPD gekürt.



Der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Maroses konnte 58 von 85 möglichen Delegierten, sowie die Landtagsabgeordneten Henning Höppner, Regina Poersch, Bernd Heinemann und Anette Langner begrüßen. Zugleich beglückwünschte er die am Vortag im Wahlkreis 17 Plön Süd/Eutin gewählte Regina Poersch, die auch zu den Wahlen für den schleswig-holsteinischen Landtag am 6. Mai 2012 für die SPD kandidieren wird.

Der Bürgermeister der Gemeinde Schönberg, Wilfried Zurstraßen, zur Konferenz Präsidiums-Vorsitzender, begrüßte die Anwesenden im – „zumindest bei den letzten Landtagswahlen – roten gallischen Dorf im Kreis Plön“.

Anette Langner, sie ist seit sechs Jahren Landtagsabgeordnete, hatte keine Gegenkandidaten und ließ es sich trotzdem nicht nehmen, eine spannende Rede zu halten, in der sie die Perspektivlosigkeit der derzeitigen Landesregierung anprangerte und ihre eigenen Schwerpunkte zwischen Arbeitsmarkt-, Europa-, Wirtschafts- und Bildungspolitik erläuterte. „Wir wollen nicht gewinnen, weil die anderen schwach sind, sondern weil wir stark sind!“ so lautet ihr Motto.

... 17 Plön Süd/Eutin

Auf der Wahlkreis Konferenz im Landtagswahlkreis 17, Plön Süd/Eutin, hat sich Regina Poersch am 6. Oktober im ersten Wahlgang mit 22 Stimmen durchgesetzt. Das war in dieser Deutlichkeit nicht zu erwarten gewesen. Standen doch insgesamt drei Bewerberinnen und ein Bewerber zur Wahl. Mit einer beeindruckenden Bewerbungsrede, die sich deutlich von den Mitbewerberinnen und dem Mitbewerber abhob, überzeugte Regina Poersch die Delegierten.



Die Stimmen verteilten sich auf die BewerberInnen für die Kandidatur im Wahlkreis 17, so: *Stephanie Karp* aus Ascheberg acht Stimmen, *Regina Poersch* aus Eutin 22, *Marcus Landsetzer* aus Bosau keine und *Katy Hagelberg* aus Preetz acht.

... 18, Ostholstein Nord

Am 26. September 2011 fand die Wahlkreis-konferenz der SPD-Ostholstein für den Wahlkreis 18, Ostholstein Nord, statt. Gesucht wurde die Direktkandidatin bzw. der Direktkandidat für die Landtagswahl 2012. Außer der Bewerbung von Lars Winter lag keine weitere Bewerbung vor. Vor 50 Delegierten hielt Winter seine Rede. Nachfragen hat es nicht gegeben.

Als das Wahlergebnis vorlag und der



Präsident der Veranstaltung, Ex-MdL Hermann Benker das Ergebnis verlas, konnte man die Spannung förmlich spüren. Mit welchem Ergebnis werden die Genossinnen und Genossen den Kandidaten ins Rennen schicken? Jubel entbrannte als Hermann mitteilte, dass Lars Winter 100% der abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Lars Winter dankte allen für dieses Votum, das ihm Ansporn und Verpflichtung für den Wahlkampf sein wird.

... 19, Ostholstein Süd

Am 27. September 2011 fand die Wahlkreis-konferenz der SPD-Ostholstein für den Wahlkreis 19, Ostholstein Süd, statt. Anders als im Wahlkreis 18 standen hier eine Kandidatin und ein Kandidat zur Wahl. Sandra Redmann, die derzeitige Abgeordnete, und Wolfgang Hovestädt, SPD-Ortsvereinsvorsitzender von Travemünde, stellten sich den Delegierten im Herrenhaus in Stockelsdorf vor.

In der Vorstellung ging Wolfgang Hovestädt auf die unterschiedlich geprägten Bereiche des neuen Wahlkreises ein. Er möchte sich für folgende Tourismusthemen in der SPD-Landtagsfraktion in Kiel stark machen: Beschäftigung und Ausbildung im Tourismus, Kinder- und Jugendtourismus, Familienurlaub, Barrierefreiheit, Reisen für Alle, Tourismusförderung und Steuergerechtigkeit.

Sandra Redmann sprach von ihrer vielschichtigen Arbeit in Kiel. Sie ist umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises Umwelt. Mit ihrem Arbeitskreis ist sie im Land unterwegs um die Probleme vor Ort kennen zu lernen aber auch um den Fortschritt guter Projekte zu begutachten. Auch wenn die Umwelt ihr Schwerpunktthema ist, so kann sie von der Kinder- und Jugendpolitik nicht lassen. Das kommt noch von ihrer Zeit als Kinder- und Jugendbeauftragte in der Regierung von Heide Simonis. Die fast 20minütige Rede



von Sandra Redmann beinhaltete alle tagesaktuellen Aspekte der Landespolitik.

Mit 25 Stimmen für Sandra Redmann und drei Stimmen für Wolfgang Hovestädt stand nach kurzer Auszählungspause das deutliche Ergebnis fest. In ihrer Rede dankte Sandra Redmann den Delegierten für das Vertrauen und Wolfgang Hovestädt für den fairen Wahlkampf.

... und ganz Ostholstein

Nun stehen die Kandidatinnen und Kandidaten für die vier Wahlkreise an denen Ostholstein beteiligt ist fest. Im Wahlkreis 16, Plön Nord mit Malente, wurde Anette Langner gewählt, sie hatte keine MitbewerberInnen. Im Wahlkreis 17, Plön Süd/Eutin (mit den weiteren Gemeinden Bosau und Ahrensböök), kandidiert Regina Poersch. Im Wahlkreis 18, Ostholstein Nord, wurde Lars Winter und im Wahlkreis 19, Ostholstein Süd, Sandra Redmann gewählt. Vier überzeugende Angebote für die Wählerinnen und Wähler in unseren Wahlkreisen zur Landtagswahl am 6. Mai 2012. ■



Unsere KandidatInnen für die Landtagswahl 2012: Sandra Redmann, Regina Poersch, Anette Langner und Lars Winter

SPD-Ostholstein

Mutter/Vater-Kind-Kuren

Ende September, kurz vor der Präsentation der aktuellen Zahlen des Müttergenesungswerkes, traf sich der SPD-Kreisvorstand mit den Anbietern von Mutter/Vater-Kind-Kuren in Ostholstein. Begrüßen konnten wir Frau Bossmann vom Gertrud-Völker-Haus der AWO in Kellenhusen, Herrn Jäcker von der Kurklinik Miramar, Herrn Brocke vom Therapeutikum WestFehmarn und Herrn Immelmann vom Kurzentrum Soziales Genesungswerk Pelzerhaken.



Lars Winter und Regina Poersch mit den Gästen (v.l.n.r) Frau Bossmann mit Kollegin, Herr Immelmann, Herr Brocke und Herr Jäcker.

Unsere Gäste berichteten von ihren Schwierigkeiten mit den Krankenkassen und deren Medizinischen Dienst, dem MDK. Herr Jäcker bestätigte den Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH), dass bei den Krankenkassen nicht die Hilfe sondern das Einsparziel im Vordergrund steht. Die Barmer Ersatzkasse hat intern ein Einsparungsziel von 25% ausgegeben. Die Belegungen zum Jahresende und im ersten Quartal eines jeden Jahres brechen

weg. Frau Bossmann unterstreicht dies. In ihrem Haus sind für kommenden Februar sechs Familien avisiert. Die Auslastung liegt teilweise bei 50%. So ist ein Haus nicht kostendeckend zu führen. Unsere Gäste fordern von den Krankenkassen, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen die Kuren zu gewähren, die seit 2007 bestehen, nachkommen. Herr Brocke bemängelt, dass der Gesetzgeber zwar einen guten Ansatz mit der Pflichtleistung ge-

funden hat, aber keine Sanktionsmöglichkeiten und keine Exekutive vorgesehen hat. Die Krankenkassen entscheiden über die Antrag und haben diese selbst zu überprüfen. Bei Fehlentscheidungen müssen sie keine Sanktionen befürchten.

Aufgrund der angewandten Praxis der Krankenkassen, zunächst den ersten Antrag auf eine Mutter/Vater-Kind-Kur abzulehnen, müssen die Betroffenen ein zweites ärztliches Attest beibringen. Und hier folgt eine weitere Ungerechtigkeit. Denn das zweite Attest wird nicht von der Krankenkasse sondern muss von den Betroffenen selbst bezahlt werden.

Versetzen wir uns einmal in die Lage einer alleinerziehenden Mutter, die ihre zwei Kinder erzieht und betreut und trotzdem oder gerade deswegen arbeiten geht. Ein 18-Stunden-Tag ist da Normalität. Irgendwann macht der Körper nicht mehr mit und der Hausarzt empfiehlt eine Mutter-Kind-Kur. Der Antrag wird gestellt, das ärztliche Attest ist eindeutig. Die Krankenkasse lehnt den Antrag trotzdem mit

fadenscheinigen Gründen ab. Nun muss sich die Mutter ein zweites Attest besorgen, dies selbst bezahlen und Widerspruch einlegen. Dass es sich lohnt einen Widerspruch einzulegen, belegt der Bericht des BRH. Mehr als 50 Prozent der Widersprüche werden dann anerkannt und eine Mutter-Kind-Kur bewilligt. Vergessen wir nicht, dass die Mutter aufgrund ihrer Vorgeschichte dringend eine Kur braucht. Wie soll sie da den klaren Kopf behalten und die Kraft finden den diese beschwerliche Prozedur durchzustehen? Frau Bossmann klärt auf, dass das Müttergenesungswerk ein dichtes Netz von Beratungsstellen unterhält. Das ist aber nicht ausreichend. Sie fordert politische Unterstützung für die Einrichtung weiterer Beratungsstellen, damit die Mütter und Väter zu ihrem Recht kommen.

Unisono betonen unsere Gäste, dass die Mutter/Vater-Kind-Kuren für Ostholstein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sind. Es ist erwiesen, dass jede Familie während ihres Aufenthaltes 150 bis 300 Euro im Kreis ausgibt. Hinzu kommt, dass Kinder, die eine gute Zeit während einer Kur in Ostholstein hatten, später mit der eigenen Familie erneut nach Ostholstein kommen um hier ihren Urlaub zu verbringen. In Ostholstein gibt es zehn Kurkliniken, insgesamt sind rund 1.000 Mitarbeiter in den Kliniken und rund 1.500 Mitarbeiter kliniknah beschäftigt.

Von der Politik wird gefordert, dass der Medizinische Dienst der Krankenkassen ausgeschaltet wird. Die Hausärzteempfehlung muss gestärkt werden. Das zweite Fachgutachten sollten Fachärzte oder das Jugendamt erstellen. Unsere Landtagsabgeordnete Regina Poersch berichtet in diesem Zusammenhang, dass die SPD-Landtagsfraktion im Sozialausschuss den Gesundheitsminister Garg immer wieder auffordert, verlässliche Zahlen zur Praxis der Krankenkassen vorzulegen. Dieser Forderung kommt er nicht nach. Es fehlt der politische Wille der Landesregierung, sich mit den Krankenkassen anzulegen zum Wohle der Mütter und Väter und der heimischen Wirtschaft.

Der SPD-Kreisvorstand sagt die politische Unterstützung zu, damit sich Verbesserungen ergeben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass parteiübergreifend in Richtung der Krankenkassen und der Bundesregierung argumentiert wird. ■

Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin
Telefon: 04521/5957
Mail: kv-ostholstein@spd.de
Internet: www.spd-ostholstein.de

Schlußredaktion: Beate Müller-Behrens
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter

AG Nord

Erhalt der Zulassungsstelle Oldenburg



Auf der Sitzung der SPD Ortsvereine im Nordkreis wurde über die Zukunft der Kfz-Zulassungsstelle Oldenburg sehr intensiv diskutiert. Die Vertreter der Ortsvereine waren sich einig, dass es auch

in Zukunft die Möglichkeit geben muss, Fahrzeuge in Oldenburg anzumelden. Es ist einfach nicht zumutbar, dass man dafür nach Eutin fahren muss, hier entstehen zusätzliche Kosten, aber auch durch längere Fahrten wird die Umwelt belastet.

Man war vor allen Dingen auch darüber verwundert, dass die Kreistagsabgeordneten der CDU ein für den Nordkreis so wichtiges Thema im stillen Kämmerlein behandeln wollen. Hier wäre doch eigentlich Transparenz angebracht, denn der Bürger will schon wissen, warum er in Zukunft mehr Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen soll. Aber nicht nur die SPD möchte den Standort Oldenburg behalten, sie hat einen entsprechenden Antrag gestellt, auch die Bürgermeister des Nordkreises fordern den Erhalt.

Unterstützung kommt auch von den Unternehmen im Nordkreis, denn auch hier würden zusätzliche Kosten bei einer Anmeldung in Eutin entstehen, denn längere Fahrt- und Wartezeiten schlagen sich natürlich bei den Rechnungen für die Kunden nieder. Man sollte, so die Teilnehmer der Sitzung, darüber nachdenken, ob die Zulassungsstelle nicht zukünftig im Gebäude der EGOH in Oldenburg angesiedelt werden könnte, denn dort sollen noch Räumlichkeiten vorhanden sein.

Es ist wünschenswert, dass man im Kreis noch einmal intensiv über die Zukunft nachdenkt, denn hier werden Dienstleistungen mit negativen Folgen für Bürger abgebaut. Die Verantwortlichkeit liegt nun allein bei den Kreistagsabgeordneten der CDU, die eventuell gegen Bürger und Wirtschaft eine Entscheidung treffen. ■

Gerhard Poppendiecker

Gute Beschäftigungszahlen in Ostholstein – na und?

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen trifft das Jobcenter



„Was sagen die veröffentlichten Daten zur Arbeitslosenstatistik aus? Muss eine geringe Arbeitslosenquote immer was Gutes sein? Darüber und wie die Zahlen zu interpretieren sind, in welchem Wechselspiel sie zu der Anzahl der Hartz IV-Aufstocker stehen und wie sich die Beschäftigungsentwicklung auf Alleinerziehende in unserem Kreisgebiet auswirken, will sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD-Ostholstein (AfA) mit dem Geschäftsführer des Jobcenters Ostholstein, Herrn Karsten Marzian, unterhalten. Die öffentliche Veranstaltung findet am kommenden Donnerstag, den 15. September 2011, um 18.30 Uhr, in Oldenburg, Schusters Gaststätte statt.“

So war die Veranstaltung über das Internet und in den Zeitungen angekündigt. Leider haben nur rund 15 Interessierte den Weg nach Oldenburg gefunden. Die, die da waren, haben sehr viele Informationen erhalten und sich rege an der Diskussion beteiligt.

Herr Marzian berichtete, dass sich die Beschäftigungsentwicklung in Ostholstein seit 2005 unterdurchschnittlich entwickelt hat. Wurde in Schleswig-Holstein ein Anstieg von 2005 bis 2010 um 7,2% verzeichnet, blieb Ostholstein mit einer Steigerung von 2,5% weit zurück. Das lässt sich auch an der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ablesen. Seit 2000 schwankt sie nur unwesentlich zwischen ca. 49.800 und 53.200. Rund um den Tourismus sind die meisten Menschen beschäftigt. Nimmt man die Beschäftigten im Einzelhandel, im Gastgewerbe und im unternehmensnahen Dienstleistungsgewerbe zusammen, sind dies 31,35% (15.698). Im Gesundheits- und Sozialgewerbe sind es 21,28% (10.654).

Die Arbeitslosigkeit baut sich seit 2005 kontinuierlich ab. Davon profitieren die Landzeitarbeitslosen aber kaum. Im Bereich des SGB III, also die kurzfristigen Arbeitslosen, haben sich die Zahlen seit 2005 von 3.831 auf 1.693 mehr als halbiert. Bei den Langzeitarbeitslosen, SGB II, konnte nur eine Verbesserung um 1.716 von 5.918 Arbeitslosen verzeichnet werden. Die SPD weist immer wieder darauf hin, dass gerade in diesem Bereich eine

der Möglichkeiten steckt, den Facharbeitsmangel zu begegnen. Es ist erforderlich, dass die Bundesagentur für Arbeit entsprechende Programme auflegt, um diesen Menschen eine Chance zu ermöglichen. Mit der Streichung von vielen Programmen durch die Bundesarbeitsministerin von der Leyen, wird genau das Gegenteil eintreten.

Eines ist erfreulich festzustellen: In Ostholstein sind die Chancen sehr hoch, dass unsere jungen Menschen einen Ausbildungsplatz erhalten. Im Vergleich zu Schleswig-Holstein hat Ostholstein einen um 0,5% höheren Anteil an Auszubildende im Verhältnis zu den Beschäftigten. Sogar mit 1,6% liegt die ostholsteiner Quote über der in den alten Bundesländern. Weiterhin positiv zu bewerten ist, dass der Anteil der Geringqualifizierten in Ostholstein erheblich unterdurchschnittlich ist.

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Der Anteil der Hochqualifizierten in Ostholstein ist um mehr als die Hälfte geringer als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Das drückt sich auch in den monatlichen Bruttoarbeitsentgelten aus. Wird in Westdeutschland durchschnittlich 2.835 Euro (brutto) verdient, sind es in Ostholstein nur 2.235 Euro. Die monatlichen Gehälter über 3.000 Euro sind im Vergleich zu Schleswig-Holstein um 10,6% und im Vergleich zu Westdeutschland sogar um 18,3% geringer.

Auf welche Aussichten kann Ostholstein bauen? Kann Ostholstein den von vielen erwartenden Sprung durch die feste Beltquerung erreichen? Diese Fragen haben wir auch gestellt. Das Jobcenter Ostholstein geht NICHT davon aus, dass sich die Beschäftigungssituation aufgrund der festen Beltquerung verbessert. Selbst in der Bauphase ist nicht von einer wesentlichen Belebung auszugehen. Ostholstein fehlt das produzierende Gewerbe. Die feste Beltquerung wird niemanden veranlassen, seine Industrie nach Ostholstein zu verlagern. Da müssen andere Impulse gegeben werden. Die AfA und die SPD-Ostholstein sehen sich in vielen ihrer Positionen bestätigt. ■

Lars Winter



Jahreshauptversammlung der AsF

Swantje Meininghaus als Vorsitzende bestätigt

Auf der JHV der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Ostholsteins wurde Swantje Meininghaus in ihrem Amt der ersten Vorsitzenden einstimmig bestätigt, ebenso wie die stellvertretende Vorsitzende Annette Schlichter-Schenck. Swantje Meininghaus lebt in Süsel, ist dort Gemeindevertreterin und gehört dem Vorstand des Kreisverbandes OH an. Annette Schlichter-Schenck ist Stadtvertreterin in Oldenburg, Kreistagsabgeordnete und vertritt die AsF auf Landesebene. Der Vorstand wird komplettiert durch Gisela Teuchert-Benker, Beate Müller-Behrens, Nadia Götz, Ute Stahl und Linda Krug.

Der Abend begann gut gelaunt mit Grußworten der Landtagsabgeordneten Regina Poersch: „Ihr leistet hier gute Arbeit“, bescheinigte sie der AsF, „Gerade Frauen setzen sich sehr für einen Politikwechsel im Lande ein!“ Auch Sandra Redmann war anwesend, die am Abend vorher im Wahlkreis Ostholstein-Süd mit gutem Ergebnis zur Kandidatin der am 6. Mai 2012 anstehenden Landtagswahl gewählt wurde. Die Bilanz der letzten beiden Jahre lässt sich sehen: Die AsF trat in den vergangenen zwei Jahren für den Verhütungsmittelfonds und das Krippenkataster ein, erstellte einen Bericht zur Lebenssituation behinderter Frauen im Kreis OH und gründete die KOPF OH (Kommunalpolitisches Frauennetzwerk OH) mit.

Vor wenigen Wochen besuchten Bettina Hagedorn und Petra Merkel die AsF und das Motto des Abends „Wer das Geld verteilt, hat die Macht“ wird die Frauen auch in den nächsten zwei Jahren begleiten. Regina Poersch wird zusammen mit der AsF das soeben von der Bundes SPD vorgestellte Finanzkonzept durcharbeiten: Steuerungerechtigkeiten wie das bestehende Ehegattensplitting, hohe Kinderbetreuungsgebühren, Schülerbeförderungskosten, und ein selektierendes und undurchlässiges Schulsystem sind die Hindernisse, mit denen Frauen zu kämpfen haben und die wir hinter uns lassen müssen.

Noch immer ungleiche Bezahlung, kaum Frauen in Führungspositionen, unterbrochene Erwerbsbiografien führen dann oft zu fehlendem Geld im Alter – ein Teufelskreis, der gemeinsam durchbrochen werden muss!

Weitere Schwerpunkte der anstehenden Arbeit ist die Situation der Pflegebranche: Fachkräfte fehlen, die Bezahlung ist niedrig und Arbeitsbedingungen sind schwierig – und auch hier sind es Frauen, die den Hauptteil der Arbeit schultern müssen.

Die Treffen der Arbeitsgemeinschaft sind öffentlich – die AsF lädt alle interessierten Frauen herzlich ein, sich an den Diskussionen zu beteiligen. Kontakt: swantje.meininghaus@gmx.de. ■



Swantje Meininghaus, Nadia Götz, Beate Müller-Behrens, Ute Stahl, Gisela Teuchert-Benker und Annette Schlichter-Schenck



SPD-Kreistagsfraktion

Schülerbeförderungskosten/ Eigenbeteiligung der Eltern

CDU, FDP, Grüne und FWG haben die Schülerbeförderungskosten wieder eingeführt, 60 € für das erste und 30 € für das zweite Kind.

Zulassungsstelle Oldenburg

Die CDU Fraktion hat beantragt, die Zulassungsstelle in Oldenburg zu schließen. Die SPD Fraktion hat sich dagegen ausgesprochen und hat folgende Vorschläge unterbreitet: Zulassungsstelle bleibt in Oldenburg zieht in das Bürgerbüro Oldenburg oder in das Gewerbezentrum. Damit kann dann das Gebäude mit dem Grundstück verkauft werden.

Der Regionalplan – Windenergie

Der Entwurf der Landesregierung liegt jetzt allen vor. Die Diskussion kann beginnen. Der Kreis hatte 3500 ha Eignungsfläche gemeldet, der vorläufige Entwurf enthält aber nur noch 1006 ha. Aufruf: Beteiligt euch alle aktiv in den Gemeinden, Städten und Ämtern am Anhörungsverfahren

Bildungs- und Teilhabepaket

Wir haben im Kreis 3500 förderberechtigte Kinder u. Jugendliche. Inzwischen wurden 1179 Pakete in Anspruch genommen. Bitte weiter dafür werben.

Hintergründe einer Zeitungsmeldung

Für das Ausbildungsjahr 2011 gab es beim Kreis Ostholstein insgesamt 318 Bewerbungen, davon waren ungefähr die Hälfte Frauen. Nach dem Eingangstest und den Vorstellungsgesprächen sind in diesem Ausbildungsjahr seit Jahren wieder Männer eingestellt worden, in diesem Fall sogar nur Männer. Bei dem gesamten Verfahren nehmen der Personalrat und die Gleichstellungsbeauftragte teil. ■

Burkhard Klinke
Kreistagsfraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion und Unternehmensverband

Viele Gemeinsamkeiten bei aktuellen Themen

Die SPD Kreistagsfraktion Ostholstein hat mit dem Vorsitzenden des Unternehmensverbandes Ostholstein/Plön Werner Süß, dem Geschäftsführer des Verbandes, Eberhard Rauch, und mit der Vorsitzenden der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer), Inke-Marie Jaschinski, ein Gespräch zu aktuellen politischen Themen geführt. Es wurden die Zulassungsstelle Oldenburg, die Bäderregelung, Energie-wende, Arbeitsmarkt/Ausbildung, Kreis- und Verwaltungsstrukturreform und die feste Beltquerung mit der Hinterlandanbindung thematisiert und diskutiert. Bei fünf der aktuellen Themenbereiche war man sich einig, nur nicht bei der Beltquerung.

Die Zulassungsstelle in Oldenburg, die auf Antrag der CDU Kreistagsfraktion geschlossen werden soll, hat sich in dem großen Flächenkreis bewährt. SPD-Fraktion, UV und AfA waren sich einig, die Zulassungsstelle Oldenburg, das Gebäude mit Grundstück zu verkaufen, weil das Gebäude einer Gesamtanierung bedarf. Die Zulassungsstelle muss in der Stadt Oldenburg ein neues Domizil bekommen, z. B. im Bürgerbüro oder unter dem Dach der EgoH. Sollte eine Schließung von den anderen Fraktionen im Kreistag beschlossen werden, wird sich dies negativ auf den Nordkreis, die Bevölkerung, Umwelt, Wirtschaftsbetriebe und Arbeitsplätze auswirken.

Die SPD Kreistagsfraktion ist erfreut, dass sich die Stadt Oldenburg und das Amt Oldenburg-Land der Position der SPD anschließen: Keine Schließung der Zulassungsstelle, dazu liegt ein Antrag der Fraktion vor. Die SPD Fraktion fordert, dass die Diskussion zur Schließung der Zulassungsstelle endlich öffentlich geführt wird, bis jetzt wurde das Thema nur im nicht öffentlichen Hauptausschuss des Kreises behandelt. Die SPD hat im Hauptausschuss gegen den Antrag der CDU, zur Schließung der Zulassungsstelle oder zur Übernahme durch das Amt Oldenburg Land oder die Stadt gestimmt. Es wird Zeit, dass dieses Thema öffentlich wird mit den BürgerInnen diskutiert wird.

Einig war man sich auch bei der Bäderregelung, sie sollte/muss so erhalten bleiben wie sie jetzt ist. Denn durch die Bäderregelung sind in unserem touris-

musintensiven Kreis sehr viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden, die, sollte es nicht zu einer Einigung kommen, in Gefahr sind. Es ist dringend erforderlich, dass Kirche und Wirtschaft in einen Dialog treten.

Schleswig-Holstein soll und wird das Stromexport-Bundesland Nr. 1 werden. Für alle Teilnehmer war es unverständlich und nicht nachvollziehbar, wie die vom Kreis Ostholstein angemeldeten über 3.000 ha für Windflächen vom Land auf 1.000 ha zusammengestrichen worden sind und alles ohne Begründung.

Die Erzeugung von regenerativer Energie aus Wind, Solar und Biogas, muss im Zusammenhang mit der Abführung der sauberen Energie in die Netze gesehen werden. Dazu gehört der Ausbau der



110-KV und der 380-KV Leitungen. Beide Leitungsformen werden von der SPD als Erdkabel gefordert, dafür werden wir kämpfen. Wenn die erzeugte saubere Energie statt Atomenergie genutzt werden soll, müssen wir sehr schnell und alle gemeinsam bereit sein, die dafür erforderlichen Stromleitungen zu bauen. Hierbei müssen aber die BürgerInnen voll eingebunden und mitgenommen werden. Es wurde auch diskutiert, die Stromtrassen mit dem Trassenverlauf für die Hinterlandanbindung und der Autobahn zu bündeln. Durch die Energiewende wird sich, darauf müssen sich alle einstellen, unser Landschaftsbild verändern.

Positiv wurde der Arbeitsmarkt in Ostholstein bewertet, die Arbeitslosenzahlen sind rückläufig. Große Sorgen bereiten die Langzeitarbeitslosen, hier ist keine Bewegung eingetreten. Es werden verschiedene Projekte von der Arbeitsagentur und der Kreishandwerkerschaft auf den Weg gebracht mit so genannten Hilfsberufen, d. h. eine Werker Ausbildung, die sich mehr auf die handwerklichen Fähigkeiten der Betroffenen ohne Schulabschluss konzentriert, weniger auf Theorie in der Berufsschule. Ein Werker im Kfz-Gewerbe

ist für die Bereiche Radwechsel, Auspuff aus- und einbauen und Ähnliches zuständig. Für jeden ist das Gefühl wichtig, er werde gebraucht, das hier durch eigene Verantwortungsbereiche aufgebaut wird.

Der Bereich Kreisgebiets- und Verwaltungsstrukturreform wurde mit unterschiedlichen Ansätzen diskutiert. Herr Süß und Herr Rauch sind für eine Fusion mit dem Kreis Plön, weil diese Kreise ähnliche Strukturen in den Bereichen Tourismus und Gesundheit aufweisen. Diese Fusion ist aber erst einmal nicht mehr in Sicht, weil der Kreis Plön inzwischen eine neue Landrätin hat. Grundsätzlich waren sich alle einig, die Kreisgebietsreform kann man nur im Zusammenhang mit einer Verwaltungsstrukturreform sehen und umsetzen. Nur dadurch werden langfristig viele Millionen Euro eingespart.

Die SPD Fraktion hatte sich 2008 eindeutig und klar positioniert. Einige Monate vor der Kommunalwahl 2008 wollte die CDU eine Jahrhundert-Entscheidung treffen, ohne die BürgerInnen, die Kommunen, Städte, Ämter, Vereine und Verbände mitzunehmen. Die treibende Kraft zur Fusion war die CDU Kreistagsfraktion Ostholstein, die CDU Plön war gespalten. Die SPD Fraktion hatte sich 2008 für die Nord- Süd Ausrichtung ausgesprochen, diese stellte eine Lösungsoption dar. Die SPD sieht auch, dass über die jetzigen Strukturen diskutiert werden und man sich die Frage stellen muss, ob die kleinteiligen Strukturen heute noch zeitgemäß sind.

Der Bereich Feste Beltquerung mit der Hinterlandanbindung war sehr schnell abgehandelt, nach dem UV wird der Staatsvertrag mit Dänemark umgesetzt. Von Herrn Süß wurde moniert, dass die Sundbrücke das fehlende Glied bei der Planung sei. Der SPD Kreisverband Ostholstein hat sich eindeutig gegen dieses Projekt ausgesprochen und die SPD Kreistagsfraktion wird das Projekt kritisch und konstruktiv in den politischen Gremien begleiten.

Bei fast allen Themen ist es wichtig und entscheidend die Menschen mit einzubinden und mitzunehmen. Es war ein sehr konstruktives Gespräch mit dem UV und der AfA, mit vielen aktuellen politischen Themen und es ist besonders hervorzuheben, dass bei fünf von sechs politischen Bereichen fast Einigkeit und Übereinstimmung herrschte. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender